



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Antrag

07.07.2020

Es gibt keinen „guten“ Extremismus – Aufgabenbereich der Fachstelle für Demokratie konsequent erweitern

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Tätigkeitsbereich der städtischen *Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit* wird auf weitere Formen des politischen und religiösen Extremismus erweitert. Die Fachstelle orientiert sich dabei an den einschlägigen, in den jährlichen Verfassungsschutzberichten definierten, Extremismusbereichen.

Aufgrund der rasant wachsenden Fall- und Mitgliederzahlen sind insbesondere Programme, Kampagnen sowie Beratungs- und Koordinationsangebote zur Eindämmung des Linksextremismus zu entwickeln.

Aufgrund des erweiterten Tätigkeitsbereichs wird die Fachstelle unbenannt in *Fachstelle für Demokratie und Extremismusprävention*.

Begründung:

Unstrittig stellen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit latente Bedrohungen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das friedliche Zusammenleben in der Stadt dar. Dass sich die Landeshauptstadt diesen Ideologien entgegenstellt ist richtig. Eine einseitige Fokussierung auf diese Formen von Extremismus erscheint, vor Hintergrund zahlreicher statistischer Erhebungen von Polizei und Verfassungsschutz, jedoch unangebracht und kurzfristig.

Zwar umfasst das Aufgabenfeld der *Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit* außerhalb der drei namensgebenden extremistischen Gesinnungsformen, noch die Auseinandersetzung mit dem djihadistischen Salafismus, andere durch den Verfassungsschutz beobachtete extremistische Bestrebungen, wie etwa die des „Legalistischen Islamismus“ oder des „Ausländerextremismus“, finden jedoch keine Beachtung.

Insbesondere aber der Linksextremismus offenbart sich, unter den bislang unbeachteten extremistischen Bestrebungen, als eine stetig wachsende Herausforderung für unsere Gesellschaft.



Der Linksextremen Szene werden in Bayern laut dem Verfassungsschutzbericht 2019 3.600 Personen (zum Vergleich: Rechtsextreme Szene 2019, 2.570 Personen) zugerechnet, was einem kontinuierlichen Wachstum über die vergangenen Jahre entspricht.

Auch die Anzahl an linksextremen Straftaten hat in Bayern seit 2009 dramatisch, um rund 121 %, zugenommen. Dabei wurden im Jahr 2019, mit 273 von insgesamt 669 registrierten Verbrechen, fast die Hälfte (rund 41 %) im Einsatzgebiet des Polizeipräsidium München erfasst. Bezieht man sich ausschließlich auf Gewaltverbrechen, liegt der prozentuale Anteil sogar noch höher (knapp 43 %).

Generell fällt auf, dass die Linksextreme Szene Bayerns bezüglich ihrer Gewalaffinität nur noch unwesentlich hinter ihrem rechtsextremen Pendant zurückliegt. So kamen 2019 auf 61 rechtsextrem-motivierte Gewalttaten 47 linksextreme Fälle.

Auch der aktuelle bayerische Verfassungsschutzbericht hält in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, dass vor allem das Aggressionspotenzial der autonomen Szene seit Jahren hoch ist und diese vor allem „*bei Demonstrationen, aber auch aus anderen Anlässen gewaltsame Auseinandersetzungen (konfrontative Gewalt)*“ suchen. Insbesondere auch vor diesem Hintergrund erscheint die einseitige Fokussierung der Fachstelle, auf die Gefahren die von Rechtsextremisten für die Demokratie ausgehen, unverständlich.

Initiative:

Iris Wassill,
Markus Walbrunn,
Daniel Stanke